

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXV. '56

Bonn, den 9. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Will Ostberlin keine Abrüstung?</u> Schimpfkanonade auf Helmut Schmidt wird immer unverständlicher	48
2 - 3	<u>Koalition auf der Basis von Vertrauen</u> Von Paul O. Vogel, Leiter der Staatlichen Pressestelle Hamburg	93
4	<u>Wenn die CDU zur CSU geht</u> Echternach oder Stücklein - Stimmen vor dem Parteitag der CSU	60

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Weg vom politischen "Katzentisch"
Immer mehr Frauen melden energisch ihre Forderungen
nach einem politischen Mandat an

Bundesjustizminister Gerhard Jahn vor Juristinnen:
Schutzrechte der Frau sind Fesseln
Stärkere Beteiligung an den Aufgaben in Gesellschaft
und Politik - Wunsch und Programm des Ministers

Keine Fahrpreiserhöhung bei der Bundesbahn für Frührentner
Bundesbahnpräsident Prof. Dr. Oefftering antwortet der
SPD-Bundestagsabgeordneten Luise Herklotz

Will Ostberlin keine Abrüstung?

Schimpfkanonade auf Helmut Schmidt wird immer unverständlicher

sp - Je näher die für den 21. Mai in Kassel vorgesehene Begegnung zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph heranrückt, umso heftiger werden die Ostberliner Angriffe auf sozialdemokratische Regierungsmitglieder. Wie sehr man in Ostberlin den Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt "liebt" und auch Brandt, Franke und Wehner nicht ausläßt, ist hinreichend bekannt. Früher, wenn es um Angriffe auf die Spitzenpolitiker der Bundesregierung ging, konzentrierte man sich ganz auf deren politische Vergangenheit. Jetzt muß die gegenwärtige und vermeintlich zukünftige Politik der neuen Bundesregierung herhalten, da man ja weder Brandt, Schmidt, Wehner oder Franke vorwerfen kann, sie hätten sich im "Dritten Reich" kompromittiert.

Die Angriffe auf den Bundesverteidigungsminister lassen jedoch nicht mehr erkennen, was man damit erreichen will. Gerade jetzt hat Helmut Schmidt in Washington unmißverständlich erklärt, er setze sich für g l e i c h w e r t i g e und g l e i c h z e i t i g e Abrüstungsmaßnahmen diesseits und jenseits der Demarkationslinie ein, die Ost- und Westcorps voneinander trennt. Die Worte g l e i c h z e i t i g und g l e i c h w e r t i g scheinen einige Ostberliner Politiker nervös zu machen und zu merkwürdigen Kapriolen zu veranlassen. Das ist umso verwunderlicher, als Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt sehr ernst betont hat, die DDR sei bereit, ihre Verteidigungs- und Rüstungsmaßnahmen um 50 Prozent zu reduzieren, wenn das gleiche auch in der Bundesrepublik geschehen würde. Wie Ministerpräsident Stoph ausgerechnet auf 50 Prozent kommt, soll seine Sache sein; man könnte auch über 48 oder 52 Prozent anrechnen.

Aber warum schimpft man in Ostberlin auf den Bundesverteidigungsminister, wenn er im Prinzip das gleiche fordert? Er spricht von g l e i c h z e i t i g e n und g l e i c h w e r t i g e n Abrüstungsmaßnahmen, nennt zwar keine Prozentzahlen, läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß ihm aus vielen Gründen ein Weniger an Rüstung lieber wäre als ein Mehr.

In der Bundesrepublik hat niemand den Ministerpräsidenten der DDR wegen seiner Erfurter Abrüstungs-Erklärung kritisiert oder gar beschimpft. Im Gegenteil, wir sind darüber informiert, daß gerade diese Stelle der Rede Stophs in der Bundesrepublik sehr ernst genommen wird. - Also was soll es? Will man durch die Angriffe auf den Bundesverteidigungsminister das Übertönen, was Ministerpräsident Stoph in Erfurt gesagt hat? Oder glaubt man in Ostberlin vielleicht, man könne Helmut Schmidt mit seiner Forderung nach g l e i c h z e i t i g e n und g l e i c h w e r t i g e n Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West durch Schimpferei zum Schweigen bringen?

Die Bundesregierung ist entschlossen, eine Politik der Entspannung durch Abrüstung zu fördern. Sie wird hierbei stets darauf achten, daß das Gleichgewicht der Kräfte nicht gestört wird. In Ostberlin soll man sich aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade dieses Problem - die Reduzierung der Rüstungslasten in a l l e n europäischen Staaten - nur zu lösen ist, wenn man sich zusammensetzt und sachlich darüber berät, wie das in Ost und West gleichermaßen proklamierte Ziel ohne Schaden für die eine oder andere Seite erreicht werden kann. Mit Schimpfen auf Regierungen oder einzelne Regierungsmitglieder wird man nicht weiter kommen.

Koalition auf der Basis von Vertrauen

Von Paul O. Vogel, Leiter der Staatlichen Pressestelle in Hamburg

Elf Tage nach den Wahlen zum Hamburger Landesparlament unterzeichneten die Mitglieder der Verhandlungskommissionen von SPD und FDP im Rathaus den Koalitionsvertrag. Damit legten die beiden Parteien die Grundlage für vier Jahre Zusammenarbeit im Senat, der Regierung des Stadtstaates Hamburg. Zugleich wurde dieser Senat neu gebildet.

In der Hamburger Öffentlichkeit sind zu dieser Senatsbildung einige Fragezeichen gesetzt worden. Wer die Gesichtspunkte, nach denen sich die Senatsbildung vollzog, verstehen will, muß dreierlei im Auge behalten:

1. Die Tatsache, daß der Koalitionsvertrag in seiner Einleitung ausdrücklich darauf hinweist, sowohl die Regierungsleitsätze der SPD als auch die Wahlaussage der FDP stellten die Grundlage der künftigen Regierungsarbeit dar. Als Journalisten von den Landes- und Fraktionsvorsitzenden beider Parteien und von Hamburgs Erstem Bürgermeister zu erfahren trachteten, wer denn nun im Laufe der Verhandlungen an welchen Stellen etwas hinzugewonnen und wer etwas aufgegeben habe, wurde ihnen von beiden Seiten bedeutet, der Koalitionsvertrag habe weder Verlustpunkte der einen Seite noch Gewinne der anderen Seite zu registrieren gehabt.
2. Ist es wichtig zu erkennen, daß von vornherein beide Partner die Absicht hatten, dem Bildungswesen und dem Gesundheitswesen Vorrang einzuräumen, wobei dem Bildungskomplex in beiden Wahlprogrammen absolute Priorität eingeräumt worden war.
3. Haben beide Parteien, und zwar schon lange vor der Wahl, ihre Absicht bekundet, eine Reform der Regierungs- und der Parlamentsarbeit einzuleiten. Dazu gehört insbesondere der angesichts der Größe der SPD-Fraktion einerseits und der parlamentarischen Arbeitslast andererseits verständliche Wunsch der Freien Demokraten, Senatoren künftig entweder nach dem Bremer oder nach dem Mainzer Modell vom Abgeordnetenmandat freistellen zu können, ferner die von beiden Parteien mit nur graduell verschiedenem Nachdruck angestrebten Bestrebungen, das Anhör- und Petitionsverfahren zu verbessern, die Verwaltungslaufbahnen untereinander durchlässiger zu machen und zu prüfen, ob geschlossene Dienstleistungskomplexe künftig aus der unmittelbaren Staatsverwaltung ausgegliedert werden können, um so - womit insbesondere eine Sorge von Bürgermeister Weichmann berührt ist - die Personalinflation im öffentlichen Dienst besser unter Kontrolle zu bekommen.

Zum vierten schließlich mußten beide Partner der Tatsache Rechnung tragen, daß die Sozialdemokraten trotz des Verlustes von 3,7 Prozent der Stimmen immer noch die absolute Mehrheit in Hamburg besitzen und die Freien Demokraten ihre Sitzzahl gegenüber den Wahlen von 1966 gerade um ein Mandat aufbessern konnten. Zwischen ihrem Wunsch, im Senat angemessen vertreten zu sein, und der Stärke der

SPD-Fraktion andererseits mußte ein vernünftiger Kompromiß gefunden werden.

Die künftige Zusammensetzung des Hamburger Senats ist ebenso von Bedürfnis nach einem Kompromiß wie von den in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Prinzipien bestimmt. Beide Partner teilen sich die Verantwortung für den Bildungskomplex, der die bisher getrennten Bereiche Schule mit Hochschule, Jugend und Kultur in zwei neuen Behörden umfassen wird, die eine mit der Bereichen Schule, Jugend und Berufsbildung von dem Sozialdemokraten Peter Schulz, die andere mit den Bereichen Wissenschaft und Kunst von dem Freidemokraten Reinhard Philipp geleitet. Gegen diese Aufgliederung hat die CDU ebenso heftige Bedenken erhoben wie gegen die Ausgliederung des Bereichs Vermögensverwaltung und Unternehmen aus der Finanzbehörde und ihr Aufzurücken zu einer eigenen Behörde unter Einfügung des Personalamtes. Die CDU muß ihrer Kritik entgegenhalten lassen, daß sie selbst es war, die in den letzten Jahren die Planungswängel im Bildungsbereich unter permanenten Beschluß genommen hat und die nun erneut protestiert, nachdem in Hamburg der Versuch unternommen werden soll, Überschaubarkeit und Effizienz an die Stelle der Undurchsichtigkeit einer Mammutbehörde zu setzen. Es ist auch nicht richtig, hinter der Aufteilung der bisherigen Finanzbehörde ausschließlich Koalitionsarithmetische Rücksichten zu vermuten; hier war nicht nur in der weiten Spanne zwischen bundespolitischen Finanzproblemen einerseits und dem Aufgabenbereich kommunaler Großunternehmen unter der Aufsicht der Finanzbehörden andererseits die Grenze der Belastbarkeit des politisch Verantwortlichen überschritten - hier soll zugleich in einer eigenen Behörde der Versuch unternommen werden, neue Antworten auf die ständig steigende Flut der Personalausgaben zu finden.

Die Freien Demokraten haben künftig in zwei Schlüsselbereichen Ministerämter inne. Sie gaben zu erkennen, daß sie unter diesen Umständen nicht auf der Benennung des Zweiten Bürgermeisters beharren würden. Er wird künftig Peter Schulz heißen. Die Sozialdemokraten haben entschieden bestritten, daß damit zugleich eine Weichenstellung im Hinblick auf die Nachfolge des heute 74-jährigen Ersten Bürgermeisters Herbert Weichmann erfolgt sei, und in der Tat steht heute nicht nur der Name Peter Schulz auf der Liste derer, die in Hamburg als Nachfolger angesehen werden. Bis die Frage zur Entscheidung ansteht, wird es für mögliche Nachfolger noch manche Chance geben, sich weiter zu profilieren oder sich ins Abseits zu stellen.

Schon in der Art ihrer Verhandlungen und dem Tempo der Beschlußfassung haben SPD und FDP in Hamburg demonstriert, daß sie nicht etwa eine Notgemeinschaft eingehen, sondern vielmehr an Erfahrungen einer Zusammenarbeit anknüpfen, die sich in der Vergangenheit gut bewährt hat und für die Zukunft fruchtbar zu werden verspricht. Es sieht so aus, als wollten die beiden Parteien mit ihrer Zusammenarbeit in Hamburg ein Beispiel weit über die Grenzen des Stadtstaates hinaus setzen.

+ + +

Wenn die CDU zur CSU geht

Echternach oder Stücklen - Stimmen vor dem Parteitag der CSU

W.I. - Das Motto des bevorstehenden CSU-Parteitages heißt: "Deutschland braucht Bayern!" Da niemand dies bestreitet, kann der Satz nur so gedeutet werden, daß die CSU der CDU sagen möchte: Ihr braucht uns! Schon hat Richard Stücklen von der CSU im "Deutschlandfunk" gesagt: "Ich bestreite nicht, daß unsere Sprache in der Politik direkter und deutlicher ist als die der CDU."

Franz Xaver Unerlß von der CSU ist ein Beispiel für die "Urickeit" der CSU-Sprache. Er hat soeben dem Verfasser des Buches "Die Bayern in Bonn" das Götz-Zitat entgegenschleudert. Unerlß meinte, er sei in dem Buch als "Hanswurst" und "Blöd" bezeichnet worden. Dr. Hans Bäuerlein indessen, der Autor, bestritt das in einer Zuschrift an die "Welt". Er schickte seiner Richtigstellung dann folgenden Satz nach: "Dennoch enthält meine Darstellung offenkundig ein Fehlurteil: Ich hatte angenommen, Herr Unerlß habe etwas Humor."

An Humor fehlt es in der CSU. Und wo andere sich Sorgen machen, ist sie anscheinend unbeschwert! Der Pressesprecher der "Freundeskreise der CSU", Jürgen Rieger, hat in einem Aufsatz den Hitlerfeldzug gegen Rußland als einen "Kreuzzug - einen heiligen Krieg" bezeichnet und alle verflucht, die "deutsche Gebiete einer fremden Macht" übergeben möchten. Rieger: "Deutschlands Wiedervereinigung wird stattfinden - von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt."

Aber darüber hat sich nur Jürgen Echternach von der CDU in Hamburg aufgeregt und von "rechts-extremem Gedankengut" gesprochen. Der Unerlß der CSU-Landesgruppe und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU indessen, Richard Stücklen, warb zur gleichen Zeit um SPD-Wähler für die CSU. Er sagte, sie könnten "durchaus potente Wähler sein - auch für unsere Partei". - Geht es noch deutlicher?

Wie wäre es, wenn jetzt die Spitzen der CDU, Kiesinger und Barzel voran, dem CSU-Parteitag sagten: "Euer Liebeswerben um die Rechtsextremisten machen wir nicht mit?" Grund genug hätten sie dazu. Schließlich verlor die CDU die Macht im Staate, weil sie sich - im Bundestagswahlkampf - zu sehr auf den "Strauß-Kurs" einließ.

Die Grundlagen für die Einigkeit wenigstens in Lebensfragen der Nation wurden damals mehr und mehr verspielt. Noch sollten sie wiederzugewinnen sein: wenn die CDU zur Vernunft zurückfände, und wäre es in einer Art Echternachscher SpringprozeSSION. Die CDU könnte auf dem CSU-Parteitag dem Herrn Stücklen ein Schnippchen schlagen und ihrerseits recht deutlich werden. Nach dem Motto: Deutschland braucht Bayern - ja. Aber auch Bayern braucht Deutschland - es benötigt Politik statt Emotion!